



wortet eine Frauenquote in den Gremien staatsnaher Betriebe.

Bild: Chris Iseli

Jetzt will auch die EVP das Wahlrecht ändern

Das Aargauer Grossrats-System soll als Vorbild für die Sitzverteilung bei Nationalratswahlen dienen.

Mathias Küng

Letzte Woche berichtete die AZ über einen Vorstoss der FDP-Fraktion im Grossen Rat. Diese will mit einer Ständesinitiative das Wahlrecht ändern. Bei den Freisinnigen ärgert man sich über die zuweilen wahlverzerrenden Folgen von Listenverbindungen – die das geltende System bei Nationalratswahlen ermöglicht. Ein anderes System soll den Wählerwillen möglichst unverfälscht wiedergeben, so wie es im Aargau bei den Grossratswahlen gilt (da sind Listenverbindungen verboten).

Jetzt springt auch die EVP auf diesen Zug auf. Gleich all ihre sechs Grossratsmitglieder (darunter die gestern aus dem Rat zurückgetretene Neo-Nationalrätin Lilian Studer) fordern via Ständesinitiative die Einführung des «Doppelten Pukelsheim» bei den Nationalratswahlen. Nach diesem System werden heute bereits die Sitze bei den Aargauer Grossratswahlen verteilt.

Die EVP fordert mit ihrem Vorstoss, so ihr Sprecher Roland Frauchiger, «dass bei der Wahl des Nationalrats Listen mit gleicher Bezeichnung über alle Kantone eine Listengruppe bilden und die zu vergebenden 200 Sitze gemäss Doppeltem Pukelsheim zuerst auf die Listengruppen und dann auf die Kantone verteilt werden».

Allfällige Quoten sollten nach dem Willen der EVP so gestaltet werden, dass die heute in den Kantonen vor der Verteilung von Restmandaten zugeteilten Sitze auch künftig zu einer Zuteilung führen. Überparteiliche Listenver-

bindungen in den einzelnen Wahlkreisen (Kantone) wären so nicht mehr möglich. Die EVP sieht ihren Vorstoss nicht zuletzt als Alternative zu demjenigen der Freisinnigen, der überparteiliche Listenverbindungen bei Nationalratswahlen verunmöglichen will. Dies würde kleinere Parteien klar benachteiligen, schreibt die EVP.

Bewirkt eine Stimmpflicht eine höhere Beteiligung?

Auch mit den Wahlen befasst sich FDP-Grossrat Adrian Schoop in einer gestern eingereichten Interpellation. Er sorgt sich um die tiefe Wahlbeteiligung im Aargau. Seit über 40 Jahren liege diese an nationalen und kantonalen Wahlen deutlich unter 50 Prozent mit einer sinkenden Tendenz. Die demokratische Legitimation der vom Volk zu wählenden Gremien stehe dadurch auf eher wackeligen Beinen, findet Schoop. Er stellt der Regierung zahlreiche Fragen dazu, so will Schoop etwa wissen, was die Hauptgründe sind.

Er erinnert zudem an ein Postulat aus dem Jahr 2009. Darin wurde die Regierung aufgefordert, geeignete Massnahmen zu ergreifen. Der Regierungsrat verwies damals in einer Stellungnahme auf verschiedene Projekte wie Jugendparlament, Jugendsession, «Schulen nach Bern» usw. Jetzt will Adrian Schoop wissen, wie eigentlich die Bilanz von damals sei, aber auch, ob die Regierung weitere Massnahmen sieht. Und schliesslich fragt er, wie sie sich zur Stimm- und Wahlpflicht im Kanton Schaffhausen stellt.

Ratsnachrichten

Moratorium für E-Voting durchgewunken

Motion Ein Vorstoss von Kim Schweri (Grüne) sowie Mitmotionären aus SP, Grünen, SVP und CVP für ein E-Voting-Moratorium wurde stillschweigend überwiesen, da die Regierung zur Entgegennahme bereit war. Faktisch gilt damit bereits ein Moratorium für die elektronische Stimmabgabe. (mku)

Für höheren Prämienabzug in der Steuererklärung

Postulat Ebenfalls diskussionslos überwiesen wurde ein Vorstoss der CVP. Sie fordert eine Erhöhung des Abzugs für Versicherungsprämien und Sparkapitalzinsen. Die Regierung will zeitnah nach der aktuellen Steuergesetzrevision (bei der es nächsten Dienstag in zweiter Lesung etwa um die Einführung eines gesetzlichen Grundpfandrechts geht) einen Vorschlag ausarbeiten. (mku)

Lutz Fischer-Lamprecht beerbt Lilian Studer im Grossen Rat

Wechsel Gestern gab die am 20. Oktober als Nationalrätin gewählte Lilian Studer (EVP/Wettingen) den Rücktritt aus dem Grossen Rat. Diesem gehörte sie seit 2002 an, schliesslich als Fraktionschefin. Dieses Amt übernahm bereits Uriel Seibert. Ihr Grossratsmandat tritt jetzt der Wettinger Einwohnerrat Lutz Fischer-Lamprecht an. (mku)

Abgangsentschädigung für Kaderleute: Motions-Rückzug

Staatsangestellte SVP-Grossrat Christoph Hagenbuch forderte per Motion, dass künftig Abgangsentschädigungen für hohe Kaderbeamte nicht mehr vorkommen. Das inhaltliche Anliegen sei nicht verstanden worden, bemängelte er in der Debatte. Er spüre keine Mehrheit für das Anliegen im Saal, weshalb er die Motion zurückzog. (mku)

bereit gewesen, die kantonalen Richtlinien anzupassen.

ein, dass Frauen in vielen Gremien untervertreten seien. Die CVP sei allerdings überzeugt, dass sich das ändern werde. «Wir brauchen keine Quote. Wir sind sie selbst», sagte Binder-Keller.

Ruth Müri (Grüne), Binder-Kellers Konkurrentin im Kampf um einen Ständeratssitz, sieht das total anders. Die gläserne Decke existiere heute noch, sagte sie. Frauen hätten oft schlechteren Zugang zu solchen Führungsgremien, obwohl der Frauenanteil an den Hochschulen sehr hoch sei. «Diese Frauen bräuchten Rahmenbedingungen, in denen sie gefördert werden.»

Viele Gremien sind heute «reine Männer-Clubs»

Die BDP-EVP-Fraktion war sich nicht einig. Die Mehrheit erachte den Widerstand gegen den Vorstoss als «Überreaktion», sagte Maya Bally. Sie wies darauf hin, im Postulat stehe nirgends, dass nicht-qualifizierte Frauen eingestellt werden müssen. «Die Qualifikation stünde nach wie vor über dem Geschlecht.» Barbara Portmann (GLP)

fand, es sei eigentlich ein Armutszeugnis, dass man einen Anteil von 30 Prozent Frauen anstrebe. «Das ist nicht einmal ein Drittel», sagte sie.

Auch Postulatin Lelia Hunziker versuchte, zu beruhigen. Sie verlange mit ihrem Vorstoss keine Revolution. Es sei aber eine Tatsache, dass heute viele Führungsgremien «reine Männer-Clubs» seien. Nach diesem Statement mischte sich doch noch der erste Mann in die Debatte ein. EDU-Grossrat Rolf Haller sagte an die Adresse der SP: «Wenn ihr Vorstösse einreicht, die Quoten fordern, dann schlägt selber auch Frauen vor.» Als letzte äusserte sich Stefanie Heimgartner (SVP), die eigentlich gar nichts sagen wollte, aber doch nicht anders konnte. Sie sei als Camionneurin in vielen Männer-Gremien unterwegs und noch nie schlechter behandelt worden. Gewählt worden sei sie übrigens aufgrund ihrer Fähigkeiten – und nicht, weil sie zwei Brüste habe.

Schliesslich siegte die bürgerliche Mehrheit. Der Vorstoss wurde mit 83 zu 48 Stimmen deutlich abgelehnt.

Grosser Rat will keine Steuerdetektive

Abgelehnt Mit einer Ständesinitiative wollte die SP-Fraktion die eidgenössischen Räte dazu auffordern, das Steuerstrafrecht so zu ändern, dass die Kantone in Verdachtsfällen künftig auch Steuerdetektive einsetzen können. Das Kantonsparlament lehnte den Antrag jedoch klar mit 93 zu 40 Stimmen ab. Die SP versprach sich von Steuerdetektiven eine «nicht zu unterschätzende Wirkung», die sich «wahrscheinlich insgesamt positiv auf die Steuerehrlichkeit auswirken» würde. Parteipräsidentin Gabriela Suter wies auf die vielen Selbstanzeigen von Steuerzahlern hin.

Unterstützung erhielt die SP von den Grünen. Robert Obrist zog den Vergleich zu den Sozialdetektiven. Die SVP habe im Vorfeld der Abstimmung den Begriff der «Scheininvaliden» geprägt. Er frage sich: «Was ist mit Scheinsteuerzahlern?» Diese würden von Leistungen der öffentlichen Hand pro-

fitieren, ohne sich an Kosten zu beteiligen, obwohl sie dazu in der Lage und gesetzlich dazu verpflichtet wären. Es sei Zeit, sich für mehr Gerechtigkeit einzusetzen, appellierte er an seine Kolleginnen und Kollegen im Parlament. Auch die GLP unterstützte die Forderung. Gian von Planta bezeichnete nicht bezahlte Steuern als Diebstahl.

Gegen die Ausarbeitung einer Ständesinitiative sprachen sich hingegen die Fraktionen SVP, FDP und EVP-BDP aus. Es gehe der SP gar nicht um Steuerdetektive, sondern um die Abschaffung des Bankkundengeheimnisses, sagte Maya Meier (SVP). Alle würden unter einen Generalverdacht gestellt. Auch die Freisinnigen finden eine «Steuerpolizei» nicht nötig. Silvan Hilfiker hielt fest, die Steuerbehörde könne bei Verdacht bereits heute eine Strafanzeige einreichen. Es brauche deshalb keine neue Staatsaufgabe. (sda/az)

ANZEIGE

Stimmen Sie unter nab-award.ch ab, wer aus den drei Finalisten der Aargauer des Jahres wird.

nab-award.ch

NEUE AARGAUER BANK